

Antrag zum 44. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Antragsteller:

Landesvorstand Hessen

Antrag:

Der Bundesparteitag beschließt die Änderung des § 17 der Bundessatzung wie folgt:

§ 17.1 wird um folgende Sätze ergänzt:

Jedem Landesverband fällt bei Abstimmungen eine Stimme zu. Nehmen an einer Sitzung mehrere Vorsitzende eines Landesverbands teil, muss während der Sitzung festgelegt und protokolliert werden, wer die Stimme des jeweiligen Landesverbands abgibt. Sollte ein Landesvorsitzender an einer Sitzung nicht teilnehmen können, kann der Landesvorstand einen abstimmungsberechtigten Vertreter aus seinen eigenen Reihen in den Rat der Landesvorsitzenden entsenden.

§ 17.5 (neu)

Die Frist für Anträge an den Rat der Landesvorsitzenden beträgt 10 Tage. In dringenden Fällen können durch einstimmigen Beschluss des Rats der Landesvorsitzenden Anträge auch nach Ablauf der Frist eingebracht und behandelt werden.

Begründung:

Gemäß des aktuellen Wortlauts des § 17.1 sind derzeit alle Mitglieder des Rats der Landesvorsitzenden gleichermaßen stimmberechtigt.

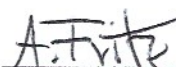
Durch Unterschiede in der Anzahl der jeweiligen Landesvorsitzenden ergibt sich bei Abstimmungen ein Ungleichgewicht zugunsten der Landesverbände, die mehr Landesvorsitzende besitzen. Um ein demokratisches Gleichgewicht ohne Diskriminierung im Rat der Landesvorsitzenden herzustellen, soll mit diesem Antrag jedem Landesverband nur noch eine gemeinsame Stimme zukommen.

Eine Einführung der Einreichungsfrist für Anträge wird vorgeschlagen, damit den Landesvorständen in Vorbereitung auf die Sitzung des Rats der Landesvorsitzenden genügend Zeit bleibt, um die Anträge ausreichend beraten zu können und um vorzubeugen, dass Entscheidungen im Rat der Landesvorsitzenden ohne Vorbereitung im Landesvorstand getroffen werden.

gezeichnet im Namen des Landesvorstands Hessen:



Fabian Schelsky
Mitgliedsnr.: 11874
1. Landesvorsitzender



Alexander Fritz
Mitgliedsnr.: 11542
2. Landesvorsitzender